

Zeitschrift: bulletin.ch / Electrosuisse
Herausgeber: Electrosuisse
Band: 111 (2020)
Heft: 5

Artikel: Dunkle Wolken ziehen auf = Les nuages noirs s'amoncellent
Autor: Zwahlen, Raphael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-977507>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Dunkle Wolken ziehen auf

Herkunftsnachweise HKN | Die Schweiz hat klare, diskriminierungsfreie und EU-kompatible rechtliche Rahmenbedingungen für Ausstellung und Handel von HKN für Strom geschaffen. Sie ist dabei eines der führenden Länder Europas und nimmt aktiv am Handel teil – noch. Denn mit Inkraftsetzung des Clean Energy Package droht der Marktausschluss der Schweizer Herkunftsnachweise in der EU.

RAPHAEL ZWAHLEN

Der Herkunftsnachweis (HKN) – er ist das Transparenzinstrument schlechthin. Bei der Stromproduktion wird für jede kWh, die erzeugt wird, ein HKN ausgestellt. Dieser wird später gegenüber dem Endverbraucher in der Stromkennzeichnung verwendet. Denn mindestens einmal im Jahr müssen Endverbraucher in der Schweiz von ihren Stromlieferanten darüber informiert werden, aus welchen Energiequellen der von ihnen konsumierte Strom stammt und ob besag-

ter Strom ursprünglich in der Schweiz oder im Ausland produziert wurde. Dies vor dem Hintergrund, dass die Herkunft des Stroms aus der Steckdose den unterschiedlichen Energieträgern nicht zugeordnet werden, sondern aus einer Vielzahl von Quellen stammen kann.

Über ein vollelektronisches Bilanzierungssystem – das sogenannte Schweizerische Herkunftsnachweissystem (SHKN), betrieben von der Swissgrid-Tochtergesellschaft Pronovo AG – gelangen die HKN vom Betreiber einer

Produktionsanlage via Händler (oder auch direkt) zu einem Stromlieferanten, der die HKN im Anschluss entwertet. Erst mit dieser Entwertung dürfen die Mengen und Energieträger, die sich in Form von HKN auf dem Konto eines Stromlieferanten im Herkunftsnachweissystem befinden, in der Stromkennzeichnung gegenüber dem Endverbraucher ausgewiesen werden. Ist ein HKN im Herkunftsnachweissystem als entwertet gekennzeichnet, darf dieser HKN nicht für weitere Zwecke ver-

Bild: Stephen Arnold/Unsplash

wendet werden. Kurz: Bei der Stromproduktion werden HKN ins System ein- und beim Stromverbrauch wieder aus dem System ausgebucht. So wird sichergestellt, dass dieselbe kWh nicht doppelt vermarktet werden kann.

Der HKN ist also vom physischen Stromfluss durchs Netz entkoppelt und wird separat als eigenständiges Zertifikat gehandelt. Damit dient er als buchhalterische Grösse, die vor Augen führt, aus welchen Energieträgern sich der Stromverbrauch der Schweiz zusammensetzt. Darüber hinaus dient der HKN als Grundlage für die Zusammenstellung ökologisch hochwertiger, auf die Kundenwünsche zugeschnittener Stromprodukte. Der länderübergreifende Handel gewährleistet dabei eine marktliche Preisbildung sowie eine gewisse Angebotsvielfalt und -menge.

Rechtliche Grundlagen in der Schweiz

Seit Inkrafttreten der Uvek-Verordnung über den Herkunftsnachweis und die Stromkennzeichnung im Jahr 2006 sind alle Stromlieferanten gesetzlich dazu verpflichtet, ihre Endkunden über die Herkunft des gelieferten Stroms zu informieren. Der Endkunde muss dabei den Beleg der Stromkennzeichnung physisch erhalten – zusammen mit der Stromrechnung oder separat. Zusätzlich sind die Stromlieferanten dazu verpflichtet, ihren jährlichen Lieferantenmix und die gesamthaft an ihre Endkunden gelieferte Menge Elektrizität auf der für jedermann zugänglichen Internetseite www.stromkennzeichnung.ch zu publizieren. Der VSE als Branchendachverband sowie die Pronovo AG als HKN-Ausstellerin und Vollzugsstelle betreiben diese Seite seit 2012 gemeinsam, wobei die Internetadresse vom Bundesamt für Energie (BFE) bereitgestellt wird.

Die neue Energieverordnung (EnV), welche seit 1. Januar 2018 in Kraft ist, regelt die Stromkennzeichnung im Rahmen der HKS (Verordnung des Uvek über den Herkunftsnachweis und die Stromkennzeichnung) noch ausführlicher und verbindlicher: Stromlieferanten ist es insbesondere nicht mehr erlaubt, den Endverbrauchern Strom aus «nicht überprüfbaren Energieträgern» (Graustrom) auf der Stromkennzeichnung auszuweisen. Diese sogenannte «vollständige Deklarationspflicht» wurde 2019 erstmals umge-

setzt im Rahmen der Stromkennzeichnung für das Jahr 2018 (die Stromkennzeichnung erfolgt immer erst im Folgejahr für das vorangegangene Jahr).

Schweizer HKN im internationalen Kontext

Das System der Herkunftsnachweise ist inzwischen beinahe flächendeckend in ganz Europa umgesetzt und gehört zum Einmaleins der Schweizer Elektrizitätswirtschaft. Mehr noch: Die Schweiz ist punkto HKN eine Pionierin und eines der führenden Länder Europas: Sie handelt seit 2002 mit Zertifikaten, welche die Herkunft des Stroms ausweisen, kennt die Stromkennzeichnungspflicht seit 2006, verfügt über ein vollelektronisches HKN-Abwicklungssystem (SHKN), seit Anfang 2018 gilt die vollständige Deklarationspflicht, und die nationale HKN-Ausstellerin (die heutige Pronovo AG) ist seit ihrer Gründung im Jahr 2002 Vollmitglied im internationalen HKN-Verband AIB (Association of Issuing Bodies, Zusammenschluss der nationalen europäischen HKN-Ausstellinstanzen). Auch werden in der Schweiz für alle Stromproduktionsarten HKN erstellt, während viele Länder Europas HKN nur für die erneuerbare Stromproduktion kennen. Doch wie eingangs erwähnt, ziehen trotz all dieser Anstrengungen und Errungenschaften dunkle Wolken auf.



Der «Grenzübertritt» der Schweizer HKN in die EU könnte in absehbarer Zeit ausgeschlossen sein.

Rechtliche Entwicklung in der EU

Zwar anerkennt auch die EU die Herkunftsnachweise als ein zentrales Transparenzinstrument für die Endkunden, was aus dem Text der entsprechenden Richtlinie im Clean Energy Package klar hervorgeht: «Herkunftsnachweise [...] dienen [...] dazu, einem Endkunden gegenüber zu zeigen, dass



Einigen sich die Schweiz und die EU nicht, können Schweizer Stromproduzenten (im Bild der Stausee Moiry) nicht mehr am europäischen Stromkennzeichnungsmarkt teilnehmen.



Fällt die Anerkennung der Schweizer HKN durch die EU weg, würden jene Erträge vermindert, die für den ökologischen Mehrwert der einheimischen erneuerbaren Energien hätten erzielt werden können.

ein bestimmter Anteil oder eine bestimmte Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen produziert wurde» (EU-Richtlinie 2018/2001 vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen, Renewable Energy Directive, in Kraft seit 24. Dezember 2018). Allerdings werden die EU-Mitgliedstaaten mit Inkraftsetzung ebendieser Richtlinie auch dazu verpflichtet, HKN für Strom aus Drittstaaten nur noch dann anzuerkennen, wenn besagter Drittstaat ein Abkommen mit der EU über die gegenseitige Anerkennung abgeschlossen hat. Die EU-Mitgliedstaaten haben bis am 30. Juni 2021 Zeit, die Vorgaben aus der Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Da die Schweiz nicht über ein solches Abkommen verfügt, werden folglich – ceteris paribus – ab 1. Juli 2021 Schweizer HKN für die Stromkennzeichnung in der EU nicht mehr akzeptiert und damit vom Markt ausgeschlossen. Derselbe Marktausschluss droht der Schweiz auch in Norwegen, da das Land im Rahmen seiner Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ebenfalls dazu verpflichtet ist, die Vorgaben des Clean Energy Package in nationales Recht umzusetzen. Wie sich die Lage schliesslich in Bezug auf das Vereinigte Königreich entwickeln wird, ist vor dem Hintergrund der laufenden Verhandlungen mit der EU ungewiss.

Entgegen getroffenen Anstrengungen verschiedener Schweizer Akteure und ersten anderslautenden Signalen aus der EU war es bislang nicht möglich, die Thematik der gegenseitigen HKN-Anerkennung in einem technischen Abkommen zu regeln. Die Tatsache, dass die Verknüpfung des Schweizer Emissionshandelssystems (EHS) mit jenem der EU (ETS) per 1. Januar 2020 auf technischer Ebene vereinbart werden konnte, könnte ein Präjudiz für eine Regelung auf technischer Ebene der inhaltlich wesentlich weniger komplizierten HKN-Anerkennung sein. Doch die EU pocht als Voraussetzung weiterhin auf einen Abschluss des institutionellen Abkommens (InstA beziehungsweise Rahmenabkommen).

Auswirkungen

Falls es nicht möglich sein sollte, bis zum 30. Juni 2021 eine Einigung mit der EU bezüglich der gegenseitigen HKN-Anerkennung auf Basis der neuen EU-Richtlinie zu finden, wären von einer Nichtanerkennung der Schweizer HKN im EU-Raum verschiedene Akteure betroffen.

In erster Linie wären die Exporte von Schweizer HKN zwecks Stromkennzeichnung in der EU nicht mehr möglich, was namentlich Betreiber von Produktionsanlagen erneuerbarer Energien – insbesondere aus Quellen der Wasserkraft – und/oder HKN-Händler betrifft, die am europäischen Strom-

kennzeichnungsmarkt teilnehmen und weiter teilnehmen möchten. Denn es ist davon auszugehen, dass mit Inkraftsetzung der erwähnten EU-Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien ebendieser europäische Stromkennzeichnungsmarkt weiter stark wachsen wird.

Zumindest theoretisch sollte es trotz fehlenden HKN-Anerkennungsabkommens mit der EU weiterhin möglich sein, die Märkte ausserhalb der Stromkennzeichnung zu bedienen. Dazu gehören insbesondere HKN-Bezüge durch grosse multinationale Firmen im Zusammenhang mit Unternehmens-Umweltreportings und Unternehmens-CO₂-Fussabdrücken. Hier wird aber entscheidend sein, ob die Akzeptanz der Schweizer HKN im Gesamtmarkt auch nach einem Ausschluss vom Teilmarkt der europäischen Stromkennzeichnung weiterhin gegeben sein wird und dass die Abwicklung wie bis anhin über das internationale Abwicklungssystem der AIB läuft. Die Abwicklung über die AIB ist per se zwar keine Voraussetzung für die Bedienung dieser Absatzmärkte, jedoch erleichtert und beschleunigt deren AIB Central Hub als elektronischer Abwicklungskanal mit gemeinsamen HKN-Standards den Marktzugang massgeblich.

Ferner würden durch die Aberkennung der Schweizer HKN in der EU die Preise der Schweizer HKN im Inland unter Druck geraten, da durch die wegfallenden Export- und unveränderten Importmöglichkeiten deren Angebot vergrössert würde. Dadurch würden insbesondere jene Erträge leiden, die für den ökologischen Mehrwert der einheimischen erneuerbaren Energien hätten erzielt werden können. Damit würde ein an und für sich funktionierendes Marktinstrument beschnitten. Dies ausgerechnet in einer Zeit, in der zwecks Gewährleistung der langfristigen Versorgungssicherheit die Rahmenbedingungen für die einheimischen erneuerbaren Energien eigentlich verbessert und Investitionen wieder vermehrt in der Schweiz und nicht im Ausland getätigt werden sollten.

Durch eine Privilegierung einheimischer erneuerbarer Energien könnte diesen Umständen teilweise Rechnung getragen werden. In diesem Zusammenhang zu erwähnen ist der im Rahmen der Vernehmlassung zur Revision

des StromVG im Oktober 2018 durch den Bundesrat erstmals vorgeschlagene Ansatz des erneuerbaren Standardprodukts für die Grundversorgung: Endkunden, die trotz vollständiger Strommarktöffnung (freie Stromlieferantenwahl) in der geschützten Grundversorgung bleiben möchten, sollten demnach künftig standardmässig ausschliesslich Strom aus der Schweiz erhalten, der zu einem Mindestanteil aus erneuerbaren Energien stammen muss.

Am 3. April 2020 schliesslich hat der Bundesrat im Rahmen seiner Publikation der Eckpunkte zur Revision des StromVG diesen Ansatz bestätigt und den oben erwähnten Mindestanteil erneuerbarer Energien auf 100% erhöht. Würde diese Regelung nach der parlamentarischen Debatte tatsächlich eingeführt, ermöglichte dies für die im Rahmen der Grundversorgung abgesetzte HKN-Menge einen in einem gewissen Mass gesicherten Absatz. Hier muss allerdings bemerkt werden, dass aus Sicht des VSE diese Absatzmenge bei einer Marktöffnung dennoch zu klein und zu unsicher wäre, um tatsächlich Wirkung zu zeigen und die erhofften Signale für die nötigen Investitionen auszulösen. Eine Produktvorgabe würde zudem in die unternehmerische Freiheit einzelner Marktakteure eingreifen.

Um dem drohenden Marktausschluss der Schweizer HKN in der EU entgegenzuwirken, wäre in Anwendung von Symmetrie und Reziprozität – in Analogie zu dem punkto Börsenäquivalenz gewählten Vorgehen der Schweiz – die gleichzeitige Aberkennung der EU-HKN in der Schweiz theoretisch denkbar. Was die Importe von EU-HKN für die Schweizer Stromkennzeichnung angeht, so haben insbesondere die folgenden zwei Kundengruppen einen Bedarf: Stromproduzenten und -lieferanten, welche Investitionen in Produktionsanlagen erneuerbarer Energien im europäischen Ausland getätigt haben und die HKN aus diesen Anlagen beziehen können und wollen, sowie Stromlieferanten, die zur Erfüllung der erwähnten vollständigen Deklarationspflicht neben Schweizer HKN auch auf HKN aus der EU ange-

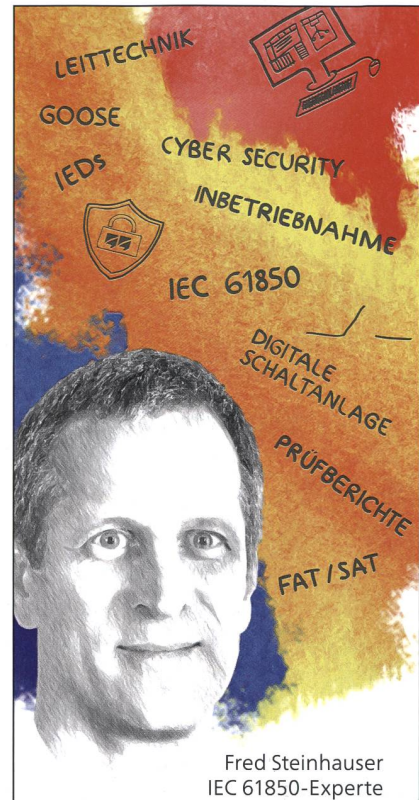
wiesen sind. Eine Aberkennung der EU-HKN in der Schweiz hätte folglich auf verschiedenen Ebenen gewichtige Auswirkungen. Vor- und Nachteile eines solchen Vorgehens gälte es daher gut abzuwägen.

Es braucht einen gemeinsamen Plan

Der VSE weist bereits seit geraumer Zeit darauf hin, dass sich die Rahmenbedingungen für die Schweizer Stromkonsumenten und Stromunternehmen aufgrund des fehlenden Stromabkommens mit der EU zusehends verschlechtern. In Europa werden Stromgrenzen abgebaut und der Strombinnenmarkt gestärkt, aber die Schweiz steht abseits – obwohl sie wie kein anderes Land physisch in das europäische Verbundnetz integriert ist. Die Folgen: Die Schweiz wird aus Märkten und Gremien ausgeschlossen, durch den steigenden grenzüberschreitenden Stromaustausch in Europa belasten ungeplante Stromflüsse zunehmend das Schweizer Übertragungsnetz, und um die Netzstabilität aufrechterhalten zu können, muss Swissgrid immer stärker und zu immer höheren Kosten in den Netzbetrieb eingreifen. Die drohende einseitige Aberkennung der Schweizer HKN im EU-Markt ist ein weiteres Beispiel, das diese deutlichen Veränderungen der Rahmenbedingungen veranschaulicht. Es ist an der Zeit, dass sich Bundesverwaltung, Politik und Branche mit der sich verschärfenden Situation vertieft auseinandersetzen und Lösungen erarbeiten, wie mit dieser Entwicklung umzugehen ist. Der VSE ist daran, diese Themen aufzuarbeiten. Denn mit der Weiterentwicklung des Rechtsrahmens in der EU wird sich die Situation weiter zuspitzen. Diesen Unwägbarkeiten, inklusive dem drohenden Marktausschluss im Bereich der Schweizer HKN, ist entgegenzutreten. Es eilt – die dunklen Wolken kommen immer näher.



Autor
Raphael Zwahlen ist Experte Energiewirtschaft beim VSE.
→ VSE, 5000 Aarau
→ raphael.zwahlen@strom.ch



Fred Steinhauser
IEC 61850-Experte

Was passiert in meiner Stationsleittechnik?

Als Experte in der IEC-61850-Welt weiß ich, wie wichtig die Prüfung von Stationsautomatisierungssystemen (SAS) ist. **StationScout** bietet einen wirklich einfachen und klaren Überblick in die Kommunikation. Sowohl das Verhalten von IEDs als auch die übertragenen Signale werden transparent gemacht. Prüffälle können definiert und wiederholt werden. Das zugehörige leistungsstarke Prüfgerät stellt einen cyber-sicheren Anschluss an das Stationsnetzwerk her.

StationScout ist das ideale Werkzeug im gesamten Lebenszyklus einer Stationsleittechnik mit IEC 61850.

www.stationscout.com





Les nuages noirs s'amoncellent

Garanties d'origine GO | La Suisse a créé des conditions-cadre juridiques claires, sans discrimination et compatibles avec l'UE afin d'établir et de négocier les GO pour le courant électrique. Cela fait d'elle l'un des pays leaders en Europe dans ce domaine, et elle prend activement part au négoce - pour le moment. Car l'entrée en vigueur du « Clean Energy Package » fait planer sur la Suisse la menace d'une exclusion du marché européen pour les garanties d'origine venant de chez nous.

RAPHAEL ZWAHLEN

La garantie d'origine (GO): un instrument de transparence par excellence. Dans la production d'électricité, une GO est établie pour chaque kWh produit. Celle-ci est ensuite utilisée dans le marquage de l'électricité, vis-à-vis du consommateur final. En effet, au moins une fois par an, les consommateurs finaux en Suisse doivent être informés par leur fournisseur d'électricité de l'origine du courant qu'ils consomment, c'est-à-

dire des sources d'énergie dont il provient et de l'endroit où il a été produit (Suisse ou étranger). Cette mesure s'explique par le fait que l'origine du courant sortant de la prise ne peut pas être associée aux différents agents énergétiques: il peut provenir d'une multitude de sources.

Grâce à un système de bilan totalement électronique - le « système suisse de garanties d'origine », géré par Pro-novo AG, filiale de Swissgrid -, les GO

sont transmises par l'exploitant d'une installation de production au négociant, puis à un fournisseur d'électricité (ou directement de l'exploitant au fournisseur), ce dernier annulant ensuite la GO. Ce n'est qu'avec cette annulation que les quantités et les agents énergétiques se trouvant - sous la forme de GO - sur le compte d'un fournisseur de courant dans le système de garanties d'origine peuvent être déclarés dans le marquage de l'électri-

Figure: Stephen Arnold/Unsplash

citée vis-à-vis du consommateur final. Si une GO est indiquée comme annulée dans le système de garanties d'origine, elle ne peut plus être utilisée dans d'autres buts. En bref: pour la production d'électricité, les GO sont inscrites dans le système puis, lorsque le courant est consommé, désinscrites de ce système. Cela permet d'éviter que le même kWh puisse être commercialisé deux fois.

La GO est donc découplée du flux physique d'électricité à travers le réseau et négociée séparément, sous forme de certificat autonome. Elle sert ainsi de grandeur comptable qui montre de quels agents énergétiques se compose le courant consommé en Suisse. Par ailleurs, la GO sert de base à l'élaboration de produits électriques d'une qualité écologique supérieure et répondant aux préférences des clients. Le négoce transnational garantit alors une formation des prix sur le marché, ainsi qu'une certaine quantité et une certaine diversité de l'offre.

Bases juridiques en Suisse

Depuis l'entrée en vigueur, en 2006, de l'Ordonnance du DETEC sur la garantie d'origine et le marquage de l'électricité, tous les fournisseurs d'électricité sont légalement tenus d'informer leurs clients finaux de l'origine du courant livré. Le client final doit recevoir physiquement le justificatif du marquage de l'électricité, en même temps que la facture ou séparément. En plus, les fournisseurs d'électricité doivent publier leur mix électrique annuel, ainsi que la quantité d'électricité totale livrée à leurs clients finaux sur le site Internet public www.marquage-electricite.ch. L'AES, en tant qu'association faîtière de la branche, et Pronovo AG, en tant qu'émettrice des GO et organe d'exécution, gèrent ce site ensemble depuis 2012, l'adresse Internet étant mise à disposition par l'Office fédéral de l'énergie (OFEN).

La nouvelle Ordonnance sur l'énergie (OEne), en vigueur depuis le 1^{er} janvier 2018, règle le marquage de l'électricité encore plus en détail et de manière plus contraignante dans le cadre de l'OGOM (Ordonnance du DETEC sur la garantie d'origine et le marquage de l'électricité): en particulier, les fournisseurs d'électricité n'ont plus le droit de déclarer aux consommateurs finaux du courant issu d'« agents

énergétiques non vérifiables » (électricité grise) dans le marquage de l'électricité. Cette « déclaration obligatoire intégrale » a été mise en œuvre pour la première fois en 2019, dans le cadre du marquage de l'électricité pour l'année 2018 (ce marquage a toujours lieu pour l'année précédente).

Les GO suisses dans le contexte international

Le système de garanties d'origine est désormais appliqué à grande échelle, dans presque toute l'Europe, et fait partie du b.a.-ba du secteur électrique suisse. Plus encore, en termes de GO, la Suisse est pionnière, et l'un des pays leader en Europe: elle fait du négoce de certificats déclarant l'origine du courant depuis 2002, applique l'obligation de marquer l'électricité depuis 2006 et dispose d'un système de traitement des GO entièrement électronique; depuis début 2018, la déclaration obligatoire intégrale s'applique, et l'émettrice nationale de GO (l'actuelle Pronovo AG) est, depuis sa fondation en 2002, membre à part entière de l'association internationale des garanties d'origine AIB (Association of Issuing Bodies, regroupement des instances nationales émettrices de GO en Europe). De plus, en Suisse, des GO



Le « passage de la frontière » des GO suisses vers l'UE pourrait bientôt devenir impossible.

sont établies pour tous les types de production de courant, tandis que de nombreux pays d'Europe n'utilisent les GO que pour la production de courant renouvelable. Mais, comme nous le précisons en début d'article, malgré tous ces efforts et ces réalisations, des nuages noirs s'amoncellent.



Si la Suisse et l'UE ne trouvent pas d'accord, les producteurs suisses d'électricité (sur la photo, le lac de Moiry) ne pourront plus prendre part au marché européen du marquage de l'électricité.



Si les GO suisses ne sont plus reconnues par l'UE, les revenus qui auraient pu être atteints pour la valeur ajoutée écologique des énergies renouvelables indigènes diminueraient.

Évolution juridique dans l'UE

Certes, l'UE reconnaît elle aussi les garanties d'origine comme un instrument de transparence essentiel pour les clients finaux. Cela ressort clairement du texte de la directive correspondante dans le Clean Energy Package: «Les garanties d'origine, délivrées [...] servent [...] à démontrer au client final qu'une part ou une quantité déterminée d'énergie a été produite à partir de sources renouvelables» (directive de l'UE 2018/2001 du 11 décembre 2018 relative à la promotion de l'utilisation de l'énergie produite à partir de sources renouvelables, Renewable Energy Directive, en vigueur depuis le 24 décembre 2018). L'entrée en vigueur de cette directive contraint cependant aussi les États membres de l'UE à ne reconnaître les GO provenant d'États tiers que si ceux-ci ont conclu avec l'UE un accord sur la reconnaissance mutuelle. Les États membres de l'UE ont jusqu'au 30 juin 2021 pour mettre en œuvre les prescriptions de la directive dans leur droit national. Étant donné que la Suisse ne dispose pas d'un tel accord, les GO suisses ne seront par conséquent – toutes choses égales par ailleurs – plus acceptées pour le marquage de l'électricité dans l'UE à partir du 1^{er} juillet 2021 et, de ce fait, exclues du marché. Cette exclusion du marché menace la Suisse également en Norvège, car ce pays est lui aussi obligé, dans le cadre de son adhésion à l'Es-

pace économique européen (EEE), de reprendre les prescriptions du Clean Energy Package dans son droit national. En ce qui concerne le Royaume-Uni, on ne sait pour l'instant pas comment évoluera la situation au vu des négociations avec l'UE qui sont toujours en cours.

Malgré les efforts entrepris par différents acteurs suisses et de premiers signaux encourageants venant de l'UE, il n'était jusqu'à présent pas possible de régler la reconnaissance mutuelle des GO dans le cadre d'un accord technique. Le fait que le couplage, au 1^{er} janvier 2020, des systèmes suisse et européen d'échange de quotas d'émission (SEQE) ait pu être convenu sur un plan technique pourrait représenter un précédent pour régler de la même façon la reconnaissance des GO. Comparé au SEQE, le contenu de cette thématique est d'ailleurs beaucoup moins compliqué à régler. Mais l'UE continue de faire valoir comme condition préalable la conclusion de l'accord institutionnel (aussi nommé accord-cadre).

Répercussions

S'il n'était pas possible de trouver un terrain d'entente avec l'UE d'ici au 30 juin 2021 concernant la reconnaissance mutuelle des GO sur la base de la nouvelle directive de l'UE, différents acteurs seraient touchés par la non-reconnaissance des GO suisses dans l'UE.

En premier lieu, les exportations de GO suisses vers l'UE à des fins de marquage de l'électricité ne seraient plus possibles. Cela concerne notamment les exploitants d'installations de production d'énergies renouvelables – en particulier hydrauliques – et/ou les négociants de GO qui participent au marché européen du marquage de l'électricité et souhaiteraient continuer à le faire. En effet, on peut partir du principe qu'avec l'entrée en vigueur de la directive de l'UE précédemment citée sur la promotion des énergies renouvelables, ce marché européen du marquage de l'électricité continuera justement à grossir fortement.

Malgré l'absence d'accord sur la reconnaissance des GO avec l'UE, il devrait rester possible, théoriquement du moins, de desservir les marchés hors du marquage de l'électricité. En font notamment partie les GO acquises par de grandes multinationales dans le contexte du reporting environnemental des entreprises et de l'empreinte carbone des entreprises. Mais là, l'acceptation ou non des GO suisses sur le marché global même après une exclusion du marché partiel du marquage européen de l'électricité sera déterminante, de même que le fait que le traitement se déroule via le système de traitement international de l'AIB comme jusqu'à présent. Si le traitement via l'AIB n'est en soi pas une condition préalable pour desservir ces marchés, son canal de traitement électronique «AIB Central Hub» facilite et accélère l'accès au marché de manière décisive, celui-ci appliquant des normes GO communes.

De plus, l'arrêt de la reconnaissance des GO suisses dans l'UE mettrait sous pression les prix des GO suisses dans le pays même, vu l'abondance de l'offre due à la suppression de possibilités d'exportation et aux possibilités inchangées d'importation. Les revenus qui auraient pu être atteints pour la valeur ajoutée écologique des énergies renouvelables indigènes en souffriraient particulièrement. De ce fait, un instrument de marché qui, en soi, fonctionne se verrait amputé. Et ce, précisément dans une période où les conditions-cadre pour les énergies renouvelables indigènes devraient plutôt être améliorées pour garantir la sécurité d'approvisionnement à long

terme et, de ce fait, engendrer de nouveau davantage d'investissements en Suisse qu'à l'étranger.

Privilégier les énergies renouvelables indigènes pourrait permettre de tenir compte de ces circonstances, au moins en partie. Dans ce contexte, il convient de mentionner l'approche consistant en un produit renouvelable standard pour l'approvisionnement de base, proposée par le Conseil fédéral pour la première fois en octobre 2018 dans le cadre de la consultation sur la révision de la LApEl. Selon cette approche, les clients finaux qui souhaitent rester dans l'approvisionnement de base protégé malgré une ouverture complète du marché de l'électricité (libre choix du fournisseur de courant) recevraient alors à l'avenir, par défaut, exclusivement du courant provenant de Suisse et devant afficher une part minimum issue d'énergies renouvelables.

Dans le cadre de la publication des principaux éléments de la révision de la LApEl le 3 avril 2020, le Conseil fédéral a finalement confirmé cette approche et augmenté la part minimum d'énergies renouvelables évoquée ci-dessus à 100%. Si cette réglementation est effectivement introduite au terme du débat parlementaire, un écoulement garanti dans une certaine mesure serait rendu possible pour la quantité de GO vendue dans le cadre de l'approvisionnement de base. Il faut néanmoins faire remarquer ici qu'en cas d'ouverture du marché, l'AES considère cette quantité à écouler comme trop petite et trop incertaine pour produire réellement des effets et déclencher les signaux espérés permettant de provoquer les

investissements nécessaires. Une prescription quant au produit empièterait en outre sur la liberté entrepreneuriale de certains acteurs du marché.

Pour lutter contre la menace d'exclusion des GO suisses du marché européen, on pourrait théoriquement envisager, en parallèle, d'arrêter de reconnaître en Suisse les GO de l'UE – et appliquer ainsi les principes de symétrie et de réciprocité, par analogie avec la procédure choisie par la Suisse concernant l'équivalence boursière. En ce qui concerne les importations de GO de l'UE pour le marquage suisse de l'électricité, les deux catégories de clients suivantes ont des besoins en particulier: d'une part, les producteurs et les fournisseurs d'électricité qui ont réalisé des investissements dans des installations de production d'énergies renouvelables dans des pays européens, et qui peuvent et veulent utiliser des GO provenant de ces installations; d'autre part, les fournisseurs de courant qui sont dépendants de GO venant de l'UE en plus des GO suisses pour satisfaire à la déclaration obligatoire intégrale susmentionnée. Une non-reconnaissance des GO de l'UE en Suisse aurait donc des répercussions considérables à différents niveaux. Les avantages et les inconvénients d'une telle approche devraient par conséquent être soigneusement évalués.

Un plan commun est nécessaire

L'AES fait observer depuis longtemps que les conditions-cadre auxquelles sont soumis les consommateurs d'électricité et les entreprises électriques suisses se détériorent à vue d'œil en rai-

son de l'absence d'accord sur l'électricité. En Europe, les frontières électriques sont effacées et le marché intérieur de l'électricité est renforcé, mais la Suisse est tenue à l'écart – bien qu'elle soit physiquement intégrée dans le réseau interconnecté européen comme aucun autre pays. Conséquences: la Suisse est exclue des marchés et des organes de décision; avec l'augmentation de l'échange d'électricité transfrontalier en Europe, des flux de courant non prévus encombrant de plus en plus le réseau suisse; et, pour maintenir la stabilité du réseau, Swiss-grid doit intervenir toujours davantage dans l'exploitation de ce dernier, et ce à des coûts de plus en plus élevés. La menace unilatérale de non-reconnaissance des GO suisses sur le marché européen est un exemple supplémentaire illustrant ces changements évidents des conditions-cadre. Il est temps que l'Administration fédérale, la politique et la branche se penchent de manière approfondie sur cette situation de plus en plus sévère afin d'élaborer des solutions pour gérer cette évolution. L'AES traite actuellement ces thèmes. Avec la poursuite du développement du cadre juridique dans l'UE, la situation va en effet continuer d'empirer. Il faut contrer ces impondérables, y compris la menace d'exclusion du marché dans le domaine des GO suisses. Le temps presse, les nuages noirs ne cessent de se rapprocher.



Auteur

Raphael Zwahlen est spécialiste Économie énergétique à l'AES.
→ AES, 5000 Aarau
→ raphael.zwahlen@strom.ch

www.electrosuisse.ch/lohnradar

Electrosuisse Lohnradar – Wissen, wo man steht.

electro suisse